









die Fahrt nach Moskau angetreten haben, bevor sie das Diskussionsmaterial zu Gesicht bekommen haben werden. So wird sich die Diskussion auf ein paar Artikel beschränken, die Stalin gerufen wird, der Parteimitgliedern einigere, Sätze Zentralbüros zu geben und vielleicht noch auf ein paar minutenlange Diskussionen auf den Gremienkonferenzen, falls... falls die Reden nicht durch die Stürmlichkeit der Diskussionen erschöpft sind.

Aber auch damit ist die Sache noch keineswegs erschöpft. Das Wichtigste kommt noch, Stalin will nämlich bestimmen, was in den Dokumenten gesagt werden darf und was nicht gesagt werden darf.

Die oppositionellen Mitglieder des ZK der KPD, haben schriftlich ihren Standpunkt über alle aktuellen Fragen der Parteipolitik formuliert und dem ZK eingereicht; so über die Lage des Proletariats, über die Lage des Klassenkampfes auf dem Dorf, über die Frage der Industrialisierung, über die internationale Lage der Republik, über die nationale Politik, über die innerparteiliche Lage usw. Auf alle diese Fragen gibt das Dokument eine klare und eindeutige Antwort und macht auch konkrete Vorschläge. Aber gerade die konkreten, klaren, leninistische Darstellung der Wirklichkeit und die konkreten Vorschläge zwingen Stalin auch, schriftlich vorzugehen. Er versteht vollkommen, daß im Moment wenn dieses Dokument in der Öffentlichkeit erscheint, dies gleichzeitig seinen Bankrott bedeuten wird, da er auf dieses Dokument keine klare Antwort geben kann.

Er kann den Parteitag mit allen möglichen Mitteln zusammenschieben, und dieser wird dann ihn als Gott verkünden, aber der proletarische Teil der Partei wird sich wie ein Mann auf der Seite der Opposition stellen. Um dieses zu verhindern, hat das Stalinsche Politbüro verboten, die Plattform der Opposition zu veröffentlichen und zu verbreiten und machte die Unterzeichner dafür verantwortlich, falls sie dennoch in der UdSSR oder im Ausland erscheinen sollte. Der Leitartikel in der „Prawda“ vom 11. September gibt auch die Motivierung hierfür. Erstens kann die Opposition nach der „Prawda“ — nur Gegenteiles einreichen, und auch dies erst, nachdem die Thesen des ZK veröffentlicht worden sind; als ob es sich um Stalin's „Thesen“ handelte, nicht aber um dessen Taten. Zweitens gehört nur das zur Diskussion, was das ZK, d. h. Stalin zur Diskussion stellen wird, — als ob der Bericht über die zweijährige klärende Tätigkeit des Stalinschen ZK nicht alle Fragen der Parteipolitik umfassen würde. Drittens dürfen gewisse Ideen überhaupt nicht zur Diskussion zugelassen werden: „über die Unzulässigkeit der freien Propaganda der Ideen über Clemenceau und den Thermidor in der Partei“ („Prawda“) was aus dem Stalinschen Jargon in einfaches Deutsch übersetzt bedeutet: „Man darf die Partei nicht vor den Gefahren der kleinbürgerlichen Entartung warnen, und die Arbeiter dürfen an die Wahl eines neuen ZK, auch nicht einmal zu denken wagen.“ Demnach ist Stalin nicht nur unfähig, sondern auch unehrlich. Daß dies keine Witz der Bucharinjüngler aus der „Prawda“ sind, beweist der Beschluß der ZKK, der ebenfalls in der „Prawda“ veröffentlicht wurde und nach dem der Gen. Dschukowski wegen eines Artikels, den er an die Redaktion des „Bolschewik“ eingesandt hatte, in dem er auf die Gefahren der Entartung der Partei und der Regierung hinwies, aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Sollte es Stalin gelingen, den Parteitag so zu organisieren, wie er es haben will, so wird er so lange frei schalten und walten können, wie er will, und seine Politik aufbauen. Um aber den Parteitag nach seinem „Bedarf“ zu organisieren, muß er mit allen Mitteln die Verbreitung der Plattform der Opposition verhindern.

Auf das unehrliche Vorgehen des Stalinschen Politbüros antworteten die oppositionellen Mitglieder des ZK und der ZKK, daß die Plattform der Opposition ein Parteidokument sei und unter den Parteimitgliedern verbreitet werden würde. Daraufhin hat Stalin einen weiteren Schritt getan, und das was bis jetzt nur als Phantasie und Verleumdung der Weißgardisten galt, er ist jetzt in die Wirklichkeit umgesetzt. In der Nacht vom 12./13. und vom 13./14. September unternahm die GPU, eine Reihe von Hausdurchsuchungen unter den oppositionellen Mitgliedern der Partei. Obwohl die Hausdurchsuchungen keinen Erfolg zu verzeichnen hatten, wurden doch einige „Parteilose“ (d. h. aus der Partei ausgeschlossene Kommunisten und Jugendgenossen) verhaftet, außerdem einige Stenotypistinnen, die angeblich bei der Verbreitung der Plattform mitgewirkt haben.

Indem sich nun Stalin an die Staatsorgane um Hilfe gewandt hat, um die Opposition zu unterdrücken, ist diejenige Grenze überschritten, die der Kampf außer die Partei, ein innerparteilicher Kampf zu sein. Von nun an soll nicht mehr die Partei in offener Diskussion über die Richtigkeit der Politik entscheiden, sondern Stalin und die GPU. Damit hat Stalin zugleich den ersten Schritt zur Verächtlichmachung der Partei als Organisation der fortschrittlichsten Schichten der Arbeiterklasse als Träger der Diktatur getan. Das bedeutet ferner, daß Stalin auch für sich die Frage der Spaltung der Partei bereits entschieden hat. Denn wenn die Plattform der Opposition konterrevolutionär ist, wie es Stalin behauptet, so wird sie nicht nur als „Parteilos“ (d. h. aus der Partei ausgeschlossene Kommunisten und Jugendgenossen) verhaftet, sondern auch als „Parteilos“ (d. h. aus der Partei ausgeschlossene Kommunisten und Jugendgenossen) verhaftet, außerdem einige Stenotypistinnen, die angeblich bei der Verbreitung der Plattform mitgewirkt haben.

Stalin hat auf die Tagesordnung den Kampf gegen die Opposition mit der Hilfe des Staatsapparates gestellt. Trotz alledem wird die Opposition alles tun, um die Losungen der Leninischen (P. R. d. K.A.Z.) Politik an die Massen gelangen zu lassen.

Sollte aber Stalin in seinem Kampf gegen die Leninische Politik diesen seinen Weg weiter fortsetzen, so wird er es zur Spaltung der KPD, und der Kommintern bringen, und die Verantwortung für die Verächtlichmachung der proletarischen Diktatur wird auf ihn fallen.

## Russland

### Die Arbeiterbewegung Koreas

Korea, das „Land der gestörten Ruhe“, wurde 1910 die Besitze des japanischen Imperialismus, hörte also auf selbständig zu sein. Es gibt wohl kaum eine zweite Kolonie, in der die Bevölkerung von der Metropole so brutal unterdrückt wird, in der die Fremdherrschaft so rückwärtschaltig und waltet wie in Korea.

## Prozeß der Brandlerklippe vom Reichsgericht verurteilt

### Wege „parlamentarischer Pflichten“ am Erscheinen verhindert

Gestern, am 4. Oktober, sollte vor dem Niedersenat des Reichsgerichts der sogenannte Zentrale-Prozeß der KPD, wegen Hochverrats im Jahre 1923 beginnen. Die Brandlerklippe, die wegen dem Oktoberverbrechen des Dolchstoßes gegen die Reichshauptstadt Hamburg Sachverständige revolutionäre Proletariat vor ein proletarisches Revolutionstribunal gehört, ließ heute mit „parlamentarischen Pflichten“ ihr Fernbleiben vom bürgerlichen Gericht durch 3 Rechtsanwälte, nämlich Georg Schumann und Lindau, „Das Nichterscheinen der Angeklagten“ — so begründete der KPD-Verteidiger Obuch im Auftrag der Zentrale seinen Antrag auf Aufhebung des Termins — „ist pflichtgemäß und gerechtfertigt, weil durch das Fehlen der 6 Abgeordneten im Reichstage und dessen Ausschüssen wichtige Gesetzentwürfe als gefährlich zustandekommen würden.“

Wir wissen kein Beispiel aus der Geschichte des revolutionären Klassenkampfes vor bürgerlichen Gerichten, nicht einmal das Beispiel des von dem Eklit wegen unvollständigen Verhaltens vor Gericht zerrütteten Maslow kam herangezogen werden, nach dem maßgebliche revolutionäre Führer mit einem Appell an das bürgerliche Gericht herantreten, den Termin wegen „dringender parlamentarischer Pflichten, wie Beratung des Schulgesetzes, Beamtenbesoldung etc.“ aufzuheben. Man bedenke: In der naturgemäßen mit voller Kenntnis und Billigung — wer die Verhältnisse kennt, wird zugeben im Auftrag der Zentrale von dem KPD-Verteidiger Obuch, der Verlesenen Begründung des Nichterscheinens vor dem Gericht kommt nicht ein einziger Satz, nicht ein einziges Wort Klassenjustiz oder auch nur „bürgerliches“ Gericht vor. „An den parlamentarischen Pflichten der Abgeordneten kann das Gericht nicht denken“, meint Herzfeld in Ergänzung der Obuchschen Begründung. „Und so was ist möglich, nachdem Hunderte und Aberhunderte von KPD-Proleten vor demselben Niedersenat mit unerbittlichen Klagen, ohne Rücksicht auf ihre Person, im Interesse des Kommunismus, den Klassenkampf durch revolutionäre Anklagen gegen die Verbrechen der Bourgeoisie fortgesetzt und die Diktatur des Proletariats dem parlamentarischen Schwindel der bürgerlichen Demokratie gegenüber gestellt haben. Diese KPD-Parlamentarier aber wagen es nicht, dem bürgerlichen Gericht, das die proletarische Klasse wenigstens durch ihre Verteidiger zurufen zu lassen: Wir kommen nicht, weil ihr das Klassengericht der Bourgeoisie seid, nein; sie haben „parlamentarische Pflicht“ zu erfüllen.“

Die Hintergründe dieses schamlichen Verhaltens sind zweifacher Art. Einmal soll das bürgerliche Parlament durch

mehr ausreichen. Ein besonderes Kapitel bilden der Frontisten, der im Pachtvertrag stets vorgelesen ist, und die Aussetzung der Rechte der Arbeiterbewegung, die in Unter- und durch bedingte Verleumdung der koreanischen Bauern brachte es mit sich, daß auf dem Arbeitsmarkt ein Überangebot herrschte und die japanischen Kapitalisten die ihnen ständig zur Verfügung stehenden, billigen, einheimischen proletarischen Arbeiterklasse wenigstens durch ihre Verteidiger zurufen zu lassen: Wir kommen nicht, weil ihr das Klassengericht der Bourgeoisie seid, nein; sie haben „parlamentarische Pflicht“ zu erfüllen.

Die Hintergründe dieses schamlichen Verhaltens sind zweifacher Art. Einmal soll das bürgerliche Parlament durch mehr ausreichen. Ein besonderes Kapitel bilden der Frontisten, der im Pachtvertrag stets vorgelesen ist, und die Aussetzung der Rechte der Arbeiterbewegung, die in Unter- und durch bedingte Verleumdung der koreanischen Bauern brachte es mit sich, daß auf dem Arbeitsmarkt ein Überangebot herrschte und die japanischen Kapitalisten die ihnen ständig zur Verfügung stehenden, billigen, einheimischen proletarischen Arbeiterklasse wenigstens durch ihre Verteidiger zurufen zu lassen: Wir kommen nicht, weil ihr das Klassengericht der Bourgeoisie seid, nein; sie haben „parlamentarische Pflicht“ zu erfüllen.

Die Politik des japanischen Imperialismus besteht in der Verleumdung der Arbeiterbewegung, die in Unter- und durch bedingte Verleumdung der koreanischen Bauern brachte es mit sich, daß auf dem Arbeitsmarkt ein Überangebot herrschte und die japanischen Kapitalisten die ihnen ständig zur Verfügung stehenden, billigen, einheimischen proletarischen Arbeiterklasse wenigstens durch ihre Verteidiger zurufen zu lassen: Wir kommen nicht, weil ihr das Klassengericht der Bourgeoisie seid, nein; sie haben „parlamentarische Pflicht“ zu erfüllen.

Gegenwärtig gehören diesem Bunde 312 Organisationen mit insgesamt 120.000 Mitgliedern an, darunter 140 Arbeiter- und 172 Bauernverbände. Das ist die zahlenmäßig stärkste und einflussreichste Arbeiterorganisation Koreas. Neben diesen haben die japanischen Arbeiterbewegungen eine eigene „Arbeiterorganisation“ ins Leben gerufen, die nach ihren Angaben 20.000 Mitglieder umfaßt, tatsächlich jedoch kaum 5000. Die revolutionäre Stimmung der breiten Massen ist kein günstiger Boden für „Sabotagemethoden“.

8. Jahrg. Nr. 78

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Preis 15 Pfg.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO, 36, Luisenpark Platz 13. Telefon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 10. Oktober 1927

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW.7, Nr. 828 42, Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bln. SO. 36, Luisenpark Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

## Die letzte Etappe der russischen Politik

### Aufhebung des ruffischen Außenhandelsmonopols. Anerkennung der Zarenschulden

Durch die Einführung der kapitalistischen Produktionsweise in Rußland wurde 1920 die Grundlage gelegt für die automatische Weiterentwicklung derselben. In dem Moment, wo die Arbeitskraft und die erzeugten Gebrauchsgüter zur Ware werden, stellt sich so einseitige Entwicklung selbst die Schranken ab, die ihr noch entgegenstehen. Die Aufhebung von Mehrwert wird oberstes Prinzip. Das galt auch für Rußland. Die Aufhebung der Naturalsteuer und die Einführung des freien Handels geschah durch den Druck der Bauern. Die so entstandenen antichauvinistischen Kräfte erzwangen die Einführung der Lohnarbeit auf dem Lande, die Verlagerung der Pachtfristen, und ebneten der neuen Kapitalkonzentration den Weg. Um jedoch den nötigen Anreiz für den „Wiederaufbau“ zu schaffen, mußten die auf dem Lande erzeugten Gebrauchsgüter in ihrem Wert dem von der Industrie erzeugten Maschinen und Geräte, für die Landwirtschaft entsprechende Anreize gegeben werden. Es mußte versucht werden, die sogenannte Schere zu schließen, zumindest der klaffende Unterschied zwischen dem Preis in der Industrie und denen der Landwirtschaft in ein einigermaßen erträgliches Verhältnis zu bringen, das heißt die Herabsetzung der Preise der Industrieerzeugnisse. Das konnte auf die Dauer natürlich nicht erreicht werden, indem die Staatsindustrie mit Zuschüssen arbeitete, sollte nicht eine neue Inflation hervorgerufen, oder der offene Bankrott vermieden werden. Auch hier mußte die Ausbeutung in den Betrieben gesteigert, die Rationalisierung durchgeführt werden, um die Industrie rentabel zu gestalten. Es ist hier schon des öfteren angeführt worden, daß der kapitalistische Wiederaufbau in Rußland auf dem Prinzip angeht, als die Erweiterung der Produktionsweise an der Kapitalintensität scheitern würde. Es gelangte nicht die Fabriken und Maschinen in Betrieb zu setzen, sondern darüber hinaus sich die russische Wirtschaft vor der Frage, durch Anleihen großer Stills der russischen Wirtschaft. Das mußte natürlich nicht durch eine wirtschaftliche Unterstützung des Preises vollkommen zum Erliegen gebracht werden. Gegen diese ausländische Konkurrenz war das Außenhandelsmonopol immer noch ein gewisser Schutz. Ihr eine „sozialistische“ Eigenschaft anzudichten, ist nur von den kommunistischen Seite zu begreifen. In Wirklichkeit ist das russische Außenhandelsmonopol eine richtige Zollmauer, die die Welt in den modern kapitalistischen Ländern erzeugten Waren aufsteigt, und durch entsprechende Einbuße die einheimische Industrie „schützt“. Es ist noch in lebhafter Erinnerung, daß die russische Delegation auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz diese Schutzmauer verteidigte allerdings mit der Einschränkung, daß man diese gerechtere mit „jungen“ Industrien zählige Mühen. Demnach haben dann alle sich aus dem agrarischen Milieu sich blauschweißlichen Staaten das Recht zu ziehen, ihre Industrie schützen, so ein Stück „Sozialismus“.

Die Bürokratie und die Demokratie triumphierten erneut über den „Druck der Massen“ innerhalb der von den Reformisten zurechtgezeichneten Gewerkschaften und Gewerkschaftsstatuten.

Was sagt zu alledem die Rote Fahne, das Berliner Zentralorgan der KPD? Sie findet sich natürlich, wie alle Opportunisten, mit den gegebenen Tatsachen ab. Die KPD hat nicht einen Augenblick daran gedacht, die Bewegung in die Hand zu nehmen. Ihre Parole ist nach wie vor: „Hinein in die freien Gewerkschaften“. Hinein in den Deutschen Verkehrsbund! Aber die Empörung in den betroffenen Straßenbahnkreisen ist so groß, daß die Rote Fahne nicht umhin kann, sich nach der Seite der mit Recht erbitterten Arbeiter eine Abschlusssatzung zu leisten. Dies besteht in einem Leitartikel, der am Mittwoch, dem 5. Oktober, in eben diesem Organ erschien.

Wenn es etwas will, soll es von neuem anknüpfen, und man wird ihm die Forderungen überreichen, deren Erfüllung die Voraussetzung für neu anzuknüpfende Beziehungen sind.

Daß Moskau zu manövrieren sucht, indem es die amerikanischen Geschäftsleute gegen die englischen, die neuen Konzeptionen an Frankreich möchte, die es vornehmlich zu machen wünscht, ändert nichts an den gegebenen Schwierigkeiten in Rußland selbst. Der Trick, mit Frankreich einen Pakt zu schließen, dem dann ein Pakt mit Polen folgen könnte, und so ein Block Deutschland, Polen, Frankreich gegen England, wenigstens mit der hoch versteckten Spitze, zu kommen, ist theoretisch ganz gut. Nur kann sich das französische Kapital den Scheitern nicht leisten, seinen imperialistischen Nachbarn über den Kanal zu provozieren, daran ändert auch das verlockende Angebot Moskau nichts, im Prinzip ist die Rückzahlung der Zarenschulden so bestimmt, wenn es dafür Anleihen erhält.

## Der organisierte Streikbruch der Gewerkschaften

### Der abgewirkte Straßenbahnstreik. Ein Costalade der KPD.

Der Kampf der Straßenbahner in Berlin ist so beendet worden, wie es jeder Kenner der Gewerkschaftspolitik voraus sah. Nachdem man von selten der Bürokratie versucht hatte, die Straßenbahner durch ein ganzes Gestrippe von sogenannten Urabstimmungen müde zu machen und diesen nicht gelungen war, griff man zu dem oft bewährten Mittel, das heißt die inzwischenerhanden Schiedsrichter, der den Arbeitern nichts gab, durch den sozialdemokratischen Schiedsrichter Wisel für „verbindlich“ erklärte. Sodann erklärte die Gewerkschaftsbürokratie, sie könne einen neuen verbindlich erklärten Schiedspruch zurechtstellen und immer ihre Zustimmung geben von wegen der Schadenersatzpflicht. Auch ließ man, um den Schein zu wahren, ein paar durch und durch gewerkschaftlich dressierte Funktionäre zusammen-treten, die auf Befehl, wenn auch allerdings nur mit 3 Stimmen-Mehrheit die „Ablehnung“ des Streiks apportierten. Damit waren die verschiedenen Urabstimmungen der Mitglieder, die vorher mit 92 Prozent für den Streik entschieden hatten, für null und nichtig erklärt.

Der Kampf der Straßenbahner in Berlin ist so beendet worden, wie es jeder Kenner der Gewerkschaftspolitik voraus sah. Nachdem man von selten der Bürokratie versucht hatte, die Straßenbahner durch ein ganzes Gestrippe von sogenannten Urabstimmungen müde zu machen und diesen nicht gelungen war, griff man zu dem oft bewährten Mittel, das heißt die inzwischenerhanden Schiedsrichter, der den Arbeitern nichts gab, durch den sozialdemokratischen Schiedsrichter Wisel für „verbindlich“ erklärte. Sodann erklärte die Gewerkschaftsbürokratie, sie könne einen neuen verbindlich erklärten Schiedspruch zurechtstellen und immer ihre Zustimmung geben von wegen der Schadenersatzpflicht. Auch ließ man, um den Schein zu wahren, ein paar durch und durch gewerkschaftlich dressierte Funktionäre zusammen-treten, die auf Befehl, wenn auch allerdings nur mit 3 Stimmen-Mehrheit die „Ablehnung“ des Streiks apportierten. Damit waren die verschiedenen Urabstimmungen der Mitglieder, die vorher mit 92 Prozent für den Streik entschieden hatten, für null und nichtig erklärt.

Die Bürokratie und die Demokratie triumphierten erneut über den „Druck der Massen“ innerhalb der von den Reformisten zurechtgezeichneten Gewerkschaften und Gewerkschaftsstatuten.

Was sagt zu alledem die Rote Fahne, das Berliner Zentralorgan der KPD? Sie findet sich natürlich, wie alle Opportunisten, mit den gegebenen Tatsachen ab. Die KPD hat nicht einen Augenblick daran gedacht, die Bewegung in die Hand zu nehmen. Ihre Parole ist nach wie vor: „Hinein in die freien Gewerkschaften“. Hinein in den Deutschen Verkehrsbund! Aber die Empörung in den betroffenen Straßenbahnkreisen ist so groß, daß die Rote Fahne nicht umhin kann, sich nach der Seite der mit Recht erbitterten Arbeiter eine Abschlusssatzung zu leisten. Dies besteht in einem Leitartikel, der am Mittwoch, dem 5. Oktober, in eben diesem Organ erschien.

Mit der zunehmenden Kapitalintensität in Rußland ist jedoch auch die Frage des „freien Handels“ akut geworden. Nicht nur der „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ ist Utopia, nein, selbst der Aufbau des Kapitalismus kann sich nur vollziehen unter den gegebenen vorliegenden Bedingungen. Diese Bedingungen sind gegeben in den kapitalistischen Gezeiten, die sich der Struktur des Weltkapitalismus erwachsen. Sie sind gegeben in den tatsächlichen Produktions- und politischen Verhältnissen der Welt.

Was die politischen Verhältnisse angeht, führt Rußland einen erbitterten Kampf um seine „Gleichberechtigung“. Ein Wort, das den kapitalistischen Imperialismus stützt, außerordentlich geläufig ist. Diese „Gleichberechtigung“ jedoch schließt in sich auch die „Pflichten“, die wiederum nicht von Argumenten und Gegenargumenten moralischer Art abgelehnt werden, sondern, aus dem objektiven Kräfteverhältnis resultieren.

Die Bürokratie und die Demokratie triumphierten erneut über den „Druck der Massen“ innerhalb der von den Reformisten zurechtgezeichneten Gewerkschaften und Gewerkschaftsstatuten.

Was sagt zu alledem die Rote Fahne, das Berliner Zentralorgan der KPD? Sie findet sich natürlich, wie alle Opportunisten, mit den gegebenen Tatsachen ab. Die KPD hat nicht einen Augenblick daran gedacht, die Bewegung in die Hand zu nehmen. Ihre Parole ist nach wie vor: „Hinein in die freien Gewerkschaften“. Hinein in den Deutschen Verkehrsbund! Aber die Empörung in den betroffenen Straßenbahnkreisen ist so groß, daß die Rote Fahne nicht umhin kann, sich nach der Seite der mit Recht erbitterten Arbeiter eine Abschlusssatzung zu leisten. Dies besteht in einem Leitartikel, der am Mittwoch, dem 5. Oktober, in eben diesem Organ erschien.

Mit der zunehmenden Kapitalintensität in Rußland ist jedoch auch die Frage des „freien Handels“ akut geworden. Nicht nur der „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ ist Utopia, nein, selbst der Aufbau des Kapitalismus kann sich nur vollziehen unter den gegebenen vorliegenden Bedingungen. Diese Bedingungen sind gegeben in den kapitalistischen Gezeiten, die sich der Struktur des Weltkapitalismus erwachsen. Sie sind gegeben in den tatsächlichen Produktions- und politischen Verhältnissen der Welt.

Was die politischen Verhältnisse angeht, führt Rußland einen erbitterten Kampf um seine „Gleichberechtigung“. Ein Wort, das den kapitalistischen Imperialismus stützt, außerordentlich geläufig ist. Diese „Gleichberechtigung“ jedoch schließt in sich auch die „Pflichten“, die wiederum nicht von Argumenten und Gegenargumenten moralischer Art abgelehnt werden, sondern, aus dem objektiven Kräfteverhältnis resultieren.

Die Bürokratie und die Demokratie triumphierten erneut über den „Druck der Massen“ innerhalb der von den Reformisten zurechtgezeichneten Gewerkschaften und Gewerkschaftsstatuten.

Was sagt zu alledem die Rote Fahne, das Berliner Zentralorgan der KPD? Sie findet sich natürlich, wie alle Opportunisten, mit den gegebenen Tatsachen ab. Die KPD hat nicht einen Augenblick daran gedacht, die Bewegung in die Hand zu nehmen. Ihre Parole ist nach wie vor: „Hinein in die freien Gewerkschaften“. Hinein in den Deutschen Verkehrsbund! Aber die Empörung in den betroffenen Straßenbahnkreisen ist so groß, daß die Rote Fahne nicht umhin kann, sich nach der Seite der mit Recht erbitterten Arbeiter eine Abschlusssatzung zu leisten. Dies besteht in einem Leitartikel, der am Mittwoch, dem 5. Oktober, in eben diesem Organ erschien.

Die Bürokratie und die Demokratie triumphierten erneut über den „Druck der Massen“ innerhalb der von den Reformisten zurechtgezeichneten Gewerkschaften und Gewerkschaftsstatuten.

Was sagt zu alledem die Rote Fahne, das Berliner Zentralorgan der KPD? Sie findet sich natürlich, wie alle Opportunisten, mit den gegebenen Tatsachen ab. Die KPD hat nicht einen Augenblick daran gedacht, die Bewegung in die Hand zu nehmen. Ihre Parole ist nach wie vor: „Hinein in die freien Gewerkschaften“. Hinein in den Deutschen Verkehrsbund! Aber die Empörung in den betroffenen Straßenbahnkreisen ist so groß, daß die Rote Fahne nicht umhin kann, sich nach der Seite der mit Recht erbitterten Arbeiter eine Abschlusssatzung zu leisten. Dies besteht in einem Leitartikel, der am Mittwoch, dem 5. Oktober, in eben diesem Organ erschien.